

Einigung über Biosprit

Bund vereinbart mit der Wirtschaft höhere Beimengung in Kraftstoffen

Berlin - Union und SPD wollen Markteinbrüche beim Biosprit durch eine verstärkte Beimischungspflicht auffangen, streiten aber über Teilkorrekturen der 2007 eingeführten Biokraftstoff-Besteuerung. So äußerten sich die CDU-Finanzpolitiker Otto Bernhardt und Norbert Schindler am Freitag zusehrend, dass der beschlossene Anstieg des Steuersatzes für Ökodiesel in der zweiten Stufe Anfang 2008 von 9 auf 15 Cent je Liter ausgesetzt werde. Die SPD ist dagegen: "Wir rütteln nicht an den Steuersätzen", sagte ihr Finanzpolitiker Reinhard. Die weiteren Steuerstufen sehen nach dem Energiesteuergesetz einen Anstieg bis auf 45 Cent im Jahr 2012 vor.

Überraschend verständigte sich die Bundesregierung mit der Autobranche und dem Deutschen Bauernverband am Freitag auf eine Erhöhung des Biospritanteils am gesamten Kraftstoff von derzeit fünf auf zehn Prozent. Die Automobilindustrie habe im Gespräch mit Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) und Umweltminister Sigmar Ga-

brüel (SPD) ihre Bereitschaft signalisiert, die technischen Voraussetzungen für weitere Steigerungen zu schaffen, berichtete das Agrarressort. Ein Zieljahr für die 10-Prozent-Marke wurde jedoch nicht bekannt. Seehofer schloss weitere Gesetzesschritte nicht aus, um Absatzeinbrüche in Folge der seit Jahresanfang geltenden Besteuerung von Ökoreibstoff zu stoppen.

Gesetzlich ist bisher für 2015 eine Beimischungsquote von erst acht Prozent vorgesehen. Die SPD will diese bis dahin auf 15 Prozent erhöhen. Die Bundesregierung hatte zuletzt bis 2020 eine Anteilssteigerung auf 17 Prozent angekündigt, während die EU bis dahin im Schnitt zehn Prozent Biokraftstoffanteil erreichen will.

Das Taxigewerbe äußerte sich erleichtert über die SPD-Pläne, wie Bahn und Busse im Nahverkehr auch Taxis beim Biosprit von der Steuer zu befreien. "Es wäre schön, wenn auch Erdgas-Fahrzeuge der Branche keine Steuern mehr zahlen müssten", sagte der Vorsitzende des Taxiverbandes, Peter Kristan. Die

Betriebe stünden unter enormem Kostendruck. Diese und andere in der SPD vereinbarten Änderungen wie die Erhöhung des Öko-Anteils allein beim Diesel von jetzt 4,4 auf sieben Prozent im Jahr 2008 waren am Vorabend bekannt geworden. Der Gesetzentwurf soll nach der Sommerpause als Koalitionsentwurf eingebracht werden. Für die Union erklärten Bernhardt und Schindler: "Wir befinden uns endlich in konstruktiven Gesprächen mit der SPD und erwarten im Zuge der Vorlage des Berichts der Regierung über Biokraftstoffquoten Ende September einvernehmliche und zukunftssträchtige Lösungen." Die Biospritbranche befürchte, dass sie durch die nächste Steuererhöhung 2008 um sechs Cent "in eine Existenz bedrohende Krise kommen könnte". **dpa**